



Eine Delegation vietnamesischer Freiheitskämpfer besuchte vor kurzem den VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden. Nguyen van Thanh, der in der Abteilung Kernbau für seine Landleute Fachgespräche dolmetschte, studiert Maschinenbau an unserer TU. Lesen Sie dazu auf Seite 4 „Buch müssen wir helfen“. Foto: Schleinitz



Englische Studenten informierten sich über Bildungssystem

Am 8. September besuchten 24 Studenten verschiedener Universitäten Großbritanniens unsere Technische Universität.

An der Fakultät für Berufspädagogik und Naturwissenschaften informierten sie sich über das einheitliche sozialistische Bildungssystem sowie über die Ausbildung technischer und naturwissenschaftlicher Lehrkräfte in der DDR.

Verurteilung Emil Bechtles - ein Verbrechen

Am 3. September begann in Karlsruhe der Terrorprozess gegen den aufrechten westdeutschen Antifaschisten

Emil Bechtle.

Von den Faschisten bereits 1933 in die Gestapokerkar geworfen, wird Emil Bechtle jetzt zum zweitenmal von der Bonner Justiz vor Gericht gestellt.

Emil Bechtle wird angeklagt, — weil er völlig auf der Grundlage des westdeutschen Grundgesetzes

gegen die Rüstungspolitik der Bonner Regierung kämpfte, — weil er die Notstandsgesetzgebung als verfassungswidrig ablehnt.

Es ist ein Mohn, wenn auf der anderen Seite Kriegsverbrecher, Verbrecher gegen die Menschlichkeit und SS-Mörder den Schutz des Bonner Staates genießen.

Während Emil Bechtle in den langen Monaten der Untersuchungshaft schwer erkrankte und man ihm verwehrte, seiner sterbenden Gattin einen letzten Besuch abzustatten,

werden SS-Mörder aus der Haft entlassen.

Als Vorsitzender des Straßenrats fungierte der Gestapospitzel Rotberg. Das ist Brutalität! Das ist Unmenschlichkeit!

Die Mitarbeiter der Hauptabteilung Fern- und Abendstudium. Im Auftrag: gez. Dietze, Direktor gez. Siebert, Sekretär der Grundorganisation

Dr. Rudolf Elsner, Institut für Marxismus-Leninismus:

Aus der Geschichte lernen - den Frieden verteidigen - die Zukunft sichern

Vor wenigen Tagen fand in Dortmund der 7. Ordentliche Kongress der IG Chemie/Papier/Keramik statt. Seine Delegierten setzten sich vor allem mit der wirtschaftspolitischen Situation in der Bundesrepublik auseinander. Wilhelm Geller, der wiedergewählte Vorsitzende der IG Chemie/Papier/Keramik, sagte am Schluß seiner bedeutsamen Rede zu den Delegierten: Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben!

Den gleichen eindringlichen Appell richtete am 27. August des Jahres der tschechoslowakische antifaschistische Widerstandskämpfer Milos Csap in einem Gespräch mit dem Genossen Erich Schäfer vom Institut für Marxismus-Leninismus an alle friedliebenden Menschen. Milos Csap war als Neunzehnjähriger Ende 1944 in das Gefängnis am Münchner Platz in Dresden eingeliefert und zweimal zum Tode verurteilt worden. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1945 — zwei Tage nach dem Terrorangriff amerikanischer Bomber auf Dresden — gelang ihm gemeinsam mit dem an der Humboldt-Universität Berlin tätigen Professor Dr. Gietzelt die Flucht aus der Nazihölle.

Das Gespräch mit Milos Csap war erschütternd, anklagend, befreiend und zuversichtlich zugleich. Es erinnerte an die Zeit vor etwa 30 Jahren und zog Parallelen zur Gegenwart, wo sich in Westdeutschland — unter anderen nationalen und internationalen Bedingungen — eine ähnliche Entwicklung vollzieht.

Der Hitlerfaschismus bereitete vor rund 30 Jahren systematisch den Überfall auf andere Länder vor, beteuerte lautstark seinen „Friedenswillen“ und verbreitete Lügen über die Aggressionsabsichten der Nachbarstaaten Deutschlands. Die Bundesrepublik strebt eine „Neuordnung Europas“ nach Hitlerschem Muster an, beteuert, die „Neuordnung“ friedlich vornehmen zu wollen und giert nach der Mitverfügung über Atomwaffen entsprechend dem „Grade der ökonomischen Beteiligung“ Westdeutschlands an der NATO und dem „Grade seiner Bedrohung“.

Die Beherrscher der Bundesrepublik spekulieren auf die Vergesslichkeit vieler Menschen, auf die geringen Lebenserfahrungen der Jugend und auf die Wirkung ihrer antikomunistischen Hetze in Wort, Bild und Ton gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder.

Ganz besonders liegt den Atomstrategen in Westdeutschland an den sogenannten „unpolitischen“ Menschen, die aus den verschiedensten Gründen glauben, sich aus der Politik heraushalten zu können oder zu müssen und gerade durch ihre vermeintliche „Neutralität“ ein Plus in der Rechnung der Feinde des Friedens sind und eine Lücke in den Reihen der gegen Imperialismus und Krieg kämpfenden Kräfte verursachen.

Thomas Mann schrieb 1945 in einem Brief an Hermann Hesse:

„Ich glaube, nichts Lebendes kommt heute ums Politische herum. Die Weigerung ist auch Politik; man treibt damit die Politik der bösen Sache.“

Die Frage lautet nicht: hinein in die Politik oder heraus aus ihr, sondern: welcher Politik muß ich mich zuwenden, um mitzuhelfen, eine dritte, von deutschem Boden ausgehende Kriegskatastrophe zu verhindern.“

In Westdeutschland besteht seit vielen Jahren ein „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutsch-

lands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen“. Im sogenannten Grauen Plan des „Forschungsbeirates“ ist bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, wie die „Wiedervereinigung“ erfolgen soll. Unter anderem ist davon die Rede, daß die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands ... entsprechend den Grundsätzen der Markt- und Wettbewerbswirtschaft zu ordnen sein wird, daß die „Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in privatwirtschaftliche Betriebsformen“ vorzunehmen ist, daß „Arbeitgeberverbände gebildet werden“, daß „die Befugnisse des FDGB erlöschen“, usw. So sehen die Pläne derjenigen aus, die immer von „Selbstbestimmung“ und „Wiedervereinigung in Freiheit“ reden. Es gibt in der Welt außer der Bundesrepublik kein Land, das neben zwei speziellen Revancheministerien — dem Bundesministerium für Vertriebene und dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen — außerdem noch über ein offizielles Regierungsorgan verfügt, das sich ausschließlich mit der Vorbereitung der Einverleibung und Ausplünderung seines Nachbarstaates — der DDR — beschäftigt.

Die Tätigkeit des „Forschungsbeirates“ hat nur eine einzige Parallele: die Plünderungstätigkeit des deutschen Rüstungskapitals unter der Leitung der Kriegsverbrecher Göring und Rosenberg. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, hat von 30 Jahren ebenso wie heute die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unserem Volke und der ganzen Weltöffentlichkeit die Wahrheit über die Vorbereitung der Aggression durch den deutschen Imperialismus und Militarismus gesagt. Sie konnte und kann das, weil sie auf dem festen theoretischen Fundament des Marxismus-Leninismus steht, weil sie die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung kennt und weil sie weiß, daß die beiden Kriegskatastrophen aus den inneren Gesetzen der Entwicklung des deutschen Imperialismus und seiner besonderen Aggressivität erwachsen. Diese unwiderlegbaren Tatsachen gilt es allen Menschen bewußt zu machen, damit sie offen und bestimmt Partei ergreifen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, gegen Kriegsvorbereitung, Notstandsgesetzgebung und Imperialismus in Westdeutschland. Das Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist sehr gut geeignet, das dazu erforderliche Wissen zu erwerben, sich einen klaren klassenmäßigen Standpunkt zu erwerben und die Bereitschaft zu wecken, persönlich unter der Führung der SED für die Verteidigung des Friedens und die Durchsetzung der Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in ganz Deutschland einzutreten. Die Geschichte ist nichts Totes; geschriebene Geschichte — richtig verstanden und umgesetzt in das bewußte, revolutionäre Handeln der Massen — macht selbst Geschichte.

Im Partei- und FDJ-Schuljahr 1966/67 wird der Band 6 der Geschichte

der deutschen Arbeiterbewegung studiert; er umfaßt die Zeit von 1945 bis 1949. Die Anleitung der Zirkelleiter wird in den Händen erfahrener Genossen des Instituts für Marxismus-Leninismus und anderer Einrichtungen der TU liegen.

Die Jahre 1945 bis 1949 haben die älteren Genossen bewußt miterlebt. Die jüngeren Genossen und die Studenten sind durch die verschiedensten Bildungsanstalten mit den Problemen dieser Zeit bekannt gemacht worden. Daraus erwächst die Aufgabe, die Auswahl der Thematik, der Literatur und der Fragestellungen so zu treffen, daß Bekanntes nicht einfach wiederholt wird. Das Ziel muß sein, allen Teilnehmern beim Erkennen der gegenwärtigen Aufgaben in der DDR und in dem erbitterten Klassenkampf mit dem



staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland zu helfen, indem Bekanntes mit neuen Fragestellungen aus den damaligen Jahren und aus der Gegenwart verknüpft wird. Dadurch wird die Behandlung der Problematik des Bandes 6 zum Ausgangspunkt für die Gewinnung von Erkenntnissen, Überzeugungen und Verhaltensweisen, die heute notwendig sind, um die DDR allseitig zu stärken, den Frieden in Deutschland und in Europa zu verteidigen und eine demokratische und sozialistische Zukunft ganz Deutschlands zu sichern.

(Fortsetzung von Seite 1) schöpferischen Denkens bei den Studenten. Die VI. internationale Feinwerkzeugtagung ist in ihrer Komplexität und bedeutsamen Problematik Zeugnis für die geleistete Arbeit aus unserer Technischen Universität in den vergangenen 20 Jahren und ein würdiger Auftakt zu diesem Jubiläum. Dr. Eva Schmidt, Inst. f. Marxismus-Leninismus

Nach Redaktionsschluß

Am Dienstag dieser Woche wurden die Weltmeisterschaftssieger im Vierer und Zweier ohne Steuermann von ihren Klubkameraden des SC Einheit Dresden herzlich begrüßt. Vier der Goldmedaillengewinner sind Studenten aus Dresden, davon Frank Berger und Jakob von der Fakultät Maschinenbau und Roland Gähler von der Fakultät Bauwesen der TU und Student Kreutz von der Hochschule für Verkehrswesen.

An dieser Veranstaltung des „besten Sportklubs der Welt“ nahmen hervorragende Vertreter des öffentlichen Lebens des Bezirkes und der Stadt teil, unter ihnen die Genossen Stammlitz von der Bezirksleitung der SED, Reich von der FDJ, Opitz, Nationale Front, und Stadtrat Böhm, im Namen aller anwesenden Funktionäre gratulierte Genosse Stammlitz zu den großartigen Leistungen, die das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt und speziell Dresdens als Ruderstadt festigten. K. Schleinitz



„UZ“ antwortet auf Leserfragen

Der Streit zwischen dem Bonner Kriegsminister von Hassel und einem Teil seiner Generalität, der in den letzten Wochen viel Staub aufwirbelte, scheint vorläufig beigelegt zu sein. Herausgekommen ist ein Wechsel in einigen Führungspositionen der Bundeswehr — über die auslösenden Streitpunkte wird nach wie vor ein heftiges Wortgefecht geführt. Über die Hintergründe dieser manchmal reichlich anspruchsvoll „Generalrevolte“ genannten Aktion ist bereits genügend geschrieben worden, und sie dürften allen Lesern bekannt sein. Interessant ist, daß ein französischer Fernsehkommentator sie in der lakonischen Feststellung zusammenfaßte, die Bundeswehr wolle wieder einen Generalstab und Atomwaffen.

In diesem Beitrag sollen uns einige scheinbare Ungereimtheiten an der ganzen Affäre beschäftigen, deren Auflösung beziehungsweise Einblicke in die in Zielen und Praktiken ganz auf „Pflicht, Ehre und Vaterland“ ausgerichtete Bundeswehr bietet.

Zum ersten: An die Stelle des Inspektors der Luftwaffe, Panitzki, tritt General Steinhoff. Panitzki trat zurück, weil angeblich von Hassel nicht genügend sorgfältig bei der Einführung des „Starfighter“ vorgegangen war. Wollte sich Panitzki von der Verantwortung für die Serienabstürze dieses Typs freisprechen? Wollte er gegen die Zurücknahme der ursprünglich von den Amerikanern zugesagten Ausrüstung der „Starfighter“ als Atombombenträger protestieren?

Steinhoff aber, der Panitzkis Funktion fortsetzen soll, ist seit 1955 Vertrauensmann des Lockheed-Konzerns, des Produzenten bzw. Lizenzgebers für die Produktion des „Starfighter“. Und Steinhoff gibt unumwunden zu, daß in diesem Typ über 10 Milliarden Mark zuviel investiert wurden, wenn er nun doch nicht als Atombombenträger eingesetzt werden kann.

Also: Die „Starfighter“ bleiben; sie werden nicht für den Abwurf von Atombomben zugestrichelt; 10 Milliarden Mark sind unwiderrbringlich dahin. Und einer der Hauptverantwortlichen hierfür wird — nein, nicht bestraft, sondern zum Inspekteur der Bonner Luftwaffe ernannt!

Also bleibt alles beim alten? Nein, so einfach ist das nun auch wieder nicht! Steinhoff erhält größere Vollmachten als zuvor Panitzki. Vor allem soll er fast unbeschränktes Verfügungsrecht im Bundeswehr-Beschaffungswesen erhalten, das sich in durchaus falschem Stolz als der „größte Auftraggeber Europas“ bezeichnet, das heißt, tatsächlich der größte Verschwenker Europas ist. Hinzu kommt eine von Steinhoff zu bildende Arbeitsgruppe aus Angehörigen der Industrie und des Kriegsministeriums, die, wie es die „Frankfurter Allgemeine“ bescheiden nennt, „der Rüstungsindustrie größeren unmittelbaren Einfluß auf das Rüstungsgeschäft“ geben wird.

Ob es den westdeutschen Steuerzahler beruhigen wird zu wissen, daß ein beträchtlicher Teil des für 1967 erneut um 1,8 Milliarden DM erhöhten direkten Rüstungsbudgets in jener Arbeits-

gemeinschaft unter Steinhoffs beahmtem Vorsitz an die Interessenten verteilt wird? Fürwahr, Stabilisierungsprogramm, Wirtschaftserstellungsprogramm, gesetzlich und Maßhalten gewinnen unter solchen Gesichtspunkten erst ihre echte Bedeutung. Der Bundesbürger darf zu dem Opfer bringen an jenem Altar des „Vaterlandes“, an dem nun Steinhoff einer der Oberpriester ist, und dessen Hohepriester nach dem Willen der stockreaktionären Generalität bald wieder Franz Joseph Strauß heißen soll. Durch den „Fibag“-Riesenskandal und eine Menge kleinerer Affären hat er sich ja hierfür bereits hinreichend qualifiziert.

Es scheint ein Kuriosum, daß in Herrn Erhards schwarzbraunem Kabinett, in dem von Hassel dazu noch als einer der reaktionärsten gilt, ausgerechnet dieser im Mittelpunkt der Angriffe steht. Wollen die Generale etwas der Demokratie weiteren Spielraum verschaffen? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die jetzt mögliche Betätigung der Gewerkschaft ÖTV in der Bundeswehr hat ihren Zorn erregt; die Berichte aus dem dritten Wehrbeauftragten des Bundestages mit ihren leisen Ruffellen wegen allzu offenkundiger Verstöße gegen das Trugbild vom „Bundesbürger in Uniform“ sind ihnen bei der hemmungslosen Entfaltung des Militarismus noch zu gefährlich — und der Weg zu den Atomwaffen erscheint ihnen zu lang und zu gewunden.

Die gegenwärtig sich abzeichnende wirtschaftliche Misere der Bundesrepublik — die ja zum überwiegenden Teil auf der forcierten Militarisierung be-

ruht — in Verbindung mit dem außenpolitischen Fiasco der Erhardschen Politik, scheint ihnen der gegebene Augenblick, alle scheindemokratischen Mäntelchen abzuwerfen und sich als entscheidende „Ordnungsmacht“ zu etablieren.

So enthält uns die genauere Untersuchung jedes Details des Vorstoßes der Bonner Generalität ein Stück jenes Prozesses, der insgesamt durch den Vormarsch der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des deutschen Imperialismus in der Bundesrepublik gekennzeichnet ist. Wir in der DDR registrieren diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. Mit dem Stolz darauf, bei uns die Basis einer solchen Entwicklung für immer beseitigt zu haben, geht die wachsende Bereitschaft einher, unsere Republik nicht nur ökonomisch und politisch zu stärken, sondern auch militärisch zu schützen. Solange es der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften in Westdeutschland nicht gelingt, die Militaristen und Revanchisten zu bändigen, halten wir im Bündnis mit den Armeen der Sowjetunion und der übrigen Länder des Warschauer Paktes alles bereit, um ihnen notfalls die Zwangsjacke anzulegen. Das Herbstmanöver „Moldau“ wird das erneut beweisen.

Klaus Fiedler, Institut für Marxismus-Leninismus, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Agitation der Universitätsparteileitung „Universitätszeitung“ Seite 7

Starfighter-Spiegel-fechtereien